

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber an den
Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001 betreffend

Dialyse Wien Süd in Mödling: Gesundheitspolitische Ruine

Begründung:

Im Wiener AKH werden nach wie vor Dialysebehandlungen unter katastrophalen baulichen Randbedingungen auch um Mitternacht angesetzt, weil es zu viele Patienten aber zu wenig Behandlungsplätze gibt, obwohl in Mödling, Neugasse 22 eine betriebsbereite Dialysestation vorhanden ist.

Ein weiterer Aspekt der so genannten extramuralen Dialysebehandlung, die bei etwa 50 % der Patienten angewendet werden kann, ist ein Kostenvorteil, der allen SteuerzahlerInnen in Wien und Niederösterreich zu Gute kommen könnte und der gleichzeitig ein Beitrag gegen die Kostenexplosion am Gesundheitssektor in Ostösterreich ist.

Um den DialysepatientInnen in der Region Wien-Süd optimale Behandlungsmöglichkeiten zu bieten, wurde nach einem aufwändigen Bedarfsprüfungsverfahren Ende der 90er-Jahre die oben genannte Dialysestation errichtet.

Herr Primar Dr. Helmut Katschnig, der in Judenburg eine vergleichbare Dialysestation betreibt, hat das Mödlinger Institut nach dem Niederösterreichischen Krankenanstaltengesetz errichtet und die Zertifizierung nach ISO EN 9002 und 14001 (bzw. ISO 1401/1996 und ISO 9001/2000) erhalten. Eine solche Investition tätigt niemand in Niederösterreich, ohne mit den EntscheidungsträgerInnen vorab in Gesprächen gewesen zu sein. Nun scheitert es an den notwendigen Verträgen, damit diese Leistung den PatientInnen neben den Dialyse-Standorten in Wien, Baden und Wiener Neustadt anbieten zu können.

Im Frühjahr 2003 hat das Patientenkomitee „Dialysepatienten in Not“ eine Unterschriftenaktion für die Inbetriebsetzung der Dialyse Wien-Süd gestartet und über 50.000 Unterschriften gesammelt, leider nach wie vor ohne Erfolg.

Namhafte Ärzte (wie z. B. Univ. Prof. Dr. Ernst Wolner) sind der Ansicht, dass die ambulanten Behandlungen im niedergelassenen Bereich nicht nur für viele Patienten günstiger, sondern vor allem auch wesentlich billiger auszuführen sind. Das ist ein Grund, warum die Kosten für das Gesundheitswesen im Osten Österreichs höher sind als in den westlichen Bundesländern, wo es mehrere extramurale Dialysen gibt.

Auch in Wien und Niederösterreich könnte man den Steuerzahlern wöchentlich bei jedem Patienten angeblich etwa 350,- Euro ersparen, wenn die Behandlungen bei den niedergelassenen Ärzten (extramural) erfolgen könnten. Das ergibt in der Dialysestation Wien-Süd ALLEIN angeblich eine jährliche Einsparung von ca. 1,2 Millionen Euro!

Die Voraussetzungen für eine länderübergreifende Zusammenarbeit am Gesundheitssektor wurden durch die Einführung der Bundesgesundheitsagentur und durch die Landesgesundheitsfonds geschaffen und die rechtliche Grundlage ist durch die "Vereinbarung gemäß

Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens" (Bundesgesetzblatt I Nr. 73/2005) gegeben.

Auch in Niederösterreich gibt es massiven Widerstand seitens der NÖ. Gebietskrankenkasse und der NÖ. Landeskliniken-Holding mit der nicht stichhaltigen Begründung, dass im Raum südlich von Wien kein Bedarf für zusätzliche Dialyseplätze besteht, obwohl in den Wiener Gemeindespitälern 12,66 % Nicht-Wiener Patienten betreut werden! Über die Finanzierung dieser Behandlungen kann weder die NÖ-GKK noch der Hauptverband Auskunft geben, obwohl die neue Wiener Gesundheitsstadträtin über Anzahl und Art der Behandlungen statistische Daten bekannt gegeben hat.

Leider hat auch der Verbandsvorsitzende Dr. Laminger vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger eine grenzüberschreitende Kooperation bei den Dialysebehandlungen abgelehnt, ohne den volkswirtschaftlichen Schaden zu bedenken und ohne Rücksicht auf eine menschliche Behandlung der betroffenen Patienten.

Wenn sowohl die PatientInnen im Zentrum der Gesundheitspolitik stehen sollen als auch ein effizienter Mitteleinsatz durch Zusammenarbeit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen Gebot sein soll, dann ist unverständlich, warum Einrichtungen wie die Dialyse-Station in Mödling nicht bewirtschaftet werden können.

Die Gefertigte stellt daher an Herrn Landesrat folgende

Anfrage

1. Warum gibt es in Niederösterreich keinen einzigen extramuralen Dialyse-Platz laut Österreichischen Strukturplan Gesundheit?
2. Warum verweigern Sie den PatientInnen südlich von Wien, speziell im Bezirk Mödling, das Angebot einer extramuralen Dialyse?
3. Warum setzen Sie sich nicht für die Aufnahme des Betriebes dieser Dialyse-Einrichtung ein?
4. Wie argumentieren Sie die sture Haltung des Landes Niederösterreichs Dialyse nur in Spitälern anzubieten?
5. Wie beurteilen Sie den Kostenunterschied zwischen Dialyse im Spital und im niedergelassenen Bereich?

LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber